

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1948

70 (21.6.1948)

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlichungstage: Montag, Mittwoch u. Freitag.
Einzelpreis DM 1.50, monatl. Bezugspreis DM 2.10 (inkl. DM 0.30 Träggebühren), bei Zustellung dch. die Post DM 2.60 zuzügl. Zustellgeb.

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

2. Jahrgang / Nummer 70

Montag, den 21. Juni 1948

Einzelpreis 20 Pfennig

Freiwirtschaft wird anlaufen

Viele Bedarfsgüter sollen in absehbarer Zeit keinen Beschränkungen mehr unterliegen

Frankfurt, 20. Juni (DENA). Die Abgabe einer Reihe von Verbrauchsgütern durch Hersteller und Wiederverkäufer sowie der Kauf dieser Waren durch die Verbraucher wird nach einer Bekanntgabe der Verwaltung für Wirtschaft vom Sonntag in absehbarer Zeit keinen Beschränkungen unterliegen. Der genaue Termin der Freigabe wird noch bekanntgegeben.

Auf der Freigabeliste der VWV stehen unter anderem: Haushaltsgegenstände, wie Kochtöpfe, Wasserkessel, Wannen, Elmer Schüsseln, Bratpfannen, Waschkübel, Bestecke, Öfen und Ofenrohr, Gas-, Elektro- und kombinierte Herde und Gaskocher.

Auch der Verkauf von elektrischen Geräten, wie Kochplatten, Bügeleisen, Tauchsieder, Kühlschränken und sonstigen Haushaltsgeräten, ferner von Eisenbetten, Stahlrohrmatratzen, Nähmaschinen und Kinderwagen soll freigegeben werden.

Büromaschinen, wie Schreib- und Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparate, Rechenschieber, Registrierkassen, Stahlblechschränke, Großuhren und Buchungsmaschinen, sollen ebenfalls aus der Bewirtschaftung herausgenommen werden.

An Kleinreiswaren für die Landwirtschaft zählt die Freigabeliste der VWV u. a. folgende Artikel auf:

Sensen, Kartoffel-, Heu- und sonstige Hacken, Kartoffelkörbe, Gießkannen, Hufeisen, Streuwannen, Hufstollen und Hufnägel.

Ferner ist die Freigabe von medizinischen Geräten und Einrichtungsgegenständen, Reifzeugen, Präzisionsmaßstäben, Chronometern und Stoppuhren vorgesehen.

Der Verkauf von Kraftfahrzeugen, Anhängern, Motorfahrrädern und Fahrrädern durch die Hersteller und Wiederverkäufer und der Kauf dieser Erzeugnisse durch die Verbraucher wird keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen. Auch Fahrradersatzteile und -zubehör, insbesondere Fahrraddecken und -schläuche werden freigegeben.

Schlüsseln sollen auch Radioapparate und -röhren, Tisch-, Armband- und Weckeruhren, Brillen und Brillenfassungen nicht mehr bewirtschaftet werden.

Im vereinigten Wirtschaftsgebiet werden ab Juli die Lebensmittelkarten in jedem Monat 20 Textilpunkte und 2 Schuhpunkte enthalten, teils ein Vertreter der Verwaltung für Wirtschaft hier am Sonntag mit. Die Punkte werden jeweils bei Ausgabe der Lebensmittelkarten gültig. Für Textilien ist die Einführung einer besonderen Punktkarte zu einem späteren Zeitpunkt geplant.

Schuhwerk wird in drei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe umfaßt Arbeitsschuhe, Bergstiefel und Berufsstiefel und wird nur gegen einen Bezugsschein und Punkte abgegeben. Nur gegen Punkte ist das Schuhwerk der Gruppen II und III erhältlich. Gruppe II umfaßt Lederstraßenschuhe und Sportschuhe. Für diese werden bis Größe 35 einschließlich sechs und ab Größe 36 acht Punkte benötigt. Gruppe III umfaßt Sandalen, leichte Hausschuhe, Gummischuhe und Turnschuhe. Bis zur Größe 35 sind für diese Kategorie je Paar drei Punkte und ab Größe 36 vier Punkte erforderlich.

Wie Professor Dr. Erhard bei einer früheren Gelegenheit erklärt hat, sollen die neuen Textil- und Schuhpunkte übertragbar sein.

Löhne- und Gehälter-Übergangsregelung

Frankfurt, 20. Juni (Dena). Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß nach dem Währungsreformgesetz für Lohn- und Gehaltszahlungen folgende Übergangsregelung gültig ist:

Alle Löhne und Gehälter, die nach dem 20. Juni 1948 fällig werden, sind in voller Höhe in Deutscher Mark zu zahlen. Für Löhne und Gehälter besteht ein gesetzliches Zahlungsmoratorium, das am 20. Juni 1948 abläuft. Löhne und Gehälter, die vor dem 20. Juni 1948 fällig werden, brauchen danach von den Arbeitgebern erst nach dem 20. Juni 1948 in Deutscher Mark bezahlt zu werden. Wenn der erste planmäßige Zahlungstermin für Löhne und Gehälter nach dem 20. Juni in die Zeit nach dem 20. Juni fällt, so ist von Arbeitgeber eine Nachzahlung in Deutscher Mark zu leisten. Ist also zum Beispiel der erste Zahlungstermin nach dem 20. Juni 1948 der 20. Juni, so ist die Nachzahlung für einen Tag zu gewähren. Wenn dieser Zahlungstermin auf den 1. Juli fällt, so ist eine Nachzahlung für zwei Tage, wenn er auf dem 15. Juli fällt, für 12 Tage zu leisten. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gehälter und Löhne im Voraus oder nachträglich gezahlt werden. Eine Nachzahlung erheben demnach die Beamten im öffentlichen Dienst, deren Gehälter pränumerando jeweils am 1. eines jeden Monats gezahlt werden, als auch die der Angestellten im öffentlichen Dienst, während der Gehälter, die planmäßig am 15. eines jeden Monats für den laufenden Monat fällig sind, sowie die Gehälter für Angestellte im Privatdienst, die in der Regel am 30. eines jeden Monats gezahlt werden, postnumerando fällig werden.

Die Nachzahlung ist am 1. Juli 1948 fällig. Für die Errechnung der Nachzahlung ist maßgebend der Reichsmark-Nettobetrag, der an den Angestellten oder Beamten nach Abzug der Lohnsteuer, der Sozialversicherungsbeiträge und gegebenenfalls auch der Kirchensteuer ausbezahlt worden ist. Auch die vom Reichsmarknettobetrag ist der anteilig auf einen Tag fallende Betrag zu errechnen und mit der Zahl der Tage

zu vervielfältigen, für die eine Nachzahlung zu gewähren ist. Von dem so errechneten Betrag sind 70 Prozent ohne Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen in Deutscher Mark auszuzahlen. Außerdem erhalten die Beamten und Angestellten selbstverständlich das ihnen auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zustehende Gehalt an dem ersten planmäßigen Zahlungstermin nach dem 20. Juni 1948 in voller Höhe in Deutscher Mark. Der getroffene Übergangsregelung liegt die Erwägung zu Grunde, daß die Lohn- und Gehaltsbezüge wirtschaftlich von dem Lebensunterhalt in der Zeit nach dem jeweiligen Zahlungstermin bestimmt sind.

Unter diesem Blickpunkt kann es also nicht darauf ankommen, ob die Löhne

und Gehälter im Voraus oder nachträglich gezahlt werden.

Wiesbaden, 20. Juni (DENA). Keine deutsche Stelle sei vorläufig in der Lage, der Währungsreform und die dazu gehörenden Verordnungen zu kommentieren oder aufsuchende Zweifelsfragen verbindlich zu klären, erklärte ein Sprecher des hessischen Finanzministeriums. Er ging insbesondere auf die von weitesten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit empfundene Unklarheit des Paragraphen 5 des Währungsreformgesetzes ein, der die Zahlung von Löhnen und Gehältern regelt.

Abschließend sagte der Sprecher, daß deutsche Finanzbehörden mit den zuständigen Stellen der Militärregierung verhandeln, um eindeutige Auslegungen des Währungsreformgesetzes zu erhalten.

„Wir wollen ein einziges Vaterland“

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier sprach über Radio Stuttgart

Stuttgart, 20. Juni (Dena). Der Württemberg-Badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier sagte am Sonntagabend in einer Rundfunkansprache über Radio Stuttgart, der Generalstabschef, den das deutsche Volk jetzt durch die Währungsreform erleide, sei nur miteinander und nicht gegeneinander zu überwinden. Auf die Vorgeschichte der Währungsreform eingehend, schilderte der Ministerpräsident, wie Hitler im September 1939 vor dem deutschen Reichstag erklärt hatte, daß in sechs Jahren für den Auf-

bau der deutschen Wehrmacht 90 Milliarden Mark verwendet worden seien. Das Dritte Reich habe seine Schuldenlast von fünf Milliarden im Jahre 1932 auf über 600 Milliarden Mark bei Kriegsende gesteigert. Der Geldumlauf sei verzehnfacht und die Schuldlast verdundertachtet worden, so daß auf jeden Deutschen etwa 5000 Mark Schulden entfielen.

Die drei Militärgouverneure haben die Währungsreform ohne viel Federlesens in Gang gesetzt, fuhr Maier fort. Re-

chenstift und Rechenschieber seien dabei die Hilfsmittel der Besatzungsmächte gewesen, außer dem klühen Verstand hätten wir den Urheber ein wärmeres, mitleidenderes Herz gewünscht. Für Deutschland sei es unverwundlich, daß der soziale Gedanke in der Weimarer Republik unter den Tisch gefallen sei. Das deutsche Volk habe in den letzten 40 Jahren eine unvergleichliche soziale Tradition entwickelt, die der übrigen Welt selbst wohlhabenden Völkern, weil überlegen sei. Diesen sozialen Vorsprung vor der ganzen Welt wollen wir uns nicht nehmen lassen. Die vollständige Vernichtung der Vermögensbestände von Staat und Gemeinden und die Desamierung der Kapitalkonten müssen wir in Kauf nehmen. Nie wird aber unser Protest verstummen gegen das Hinweggehen über unseren sozialen Status, gegen die Behandlung, welche die kleinen Leute erfahren haben und gegen ihre unterschiedlichste Gleichstellung mit Bankkonten jeder Art, jeder Höhe und jeden Ursprungs; es geht um die Bedürfnisse moralisch und materiell zu Hilfe zu kommen und ihnen einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Rente zu verschaffen. Deshalb werde dem württemberg-badischen Landtag unverzüglich ein Rentenversicherungsgesetz vorgelegt werden.

Dr. Maier kritisierte sodann die Spätdurchführung der Währungsreform. Diese hätte bereits 1947 erfolgen sollen. Während die Einigungsversuche zwischen den Besatzungsmächten sich über drei Jahre dahinzogen, sei die deutsche Wirtschaft zum Teil verfallen.

Zur Ostwestspaltung Deutschlands sagte Dr. Maier, auch diese Trennung werde vorübergehen. „Wir sind Gassen gewiß, daß keine Macht der Welt die 65 Millionen Deutschen auf die Dauer trennen kann“. Nicht nur Deutschland selbst, auch Europa, seine politische Sicherheit und sein wirtschaftlicher Bestand, brauchen eine koordinierte gesamtdeutsche Wirtschaft und einen geeinigten gesamtdeutschen Staat. „Wir wollen ein einziges, einen anständigen Staat, ein in der Welt in Ehren bestehendes, in den Werken des Friedens sich bewährendes deutsches Vaterland“.

Ministerpräsident Dr. Maier sprach über Radio Stuttgart. Er kritisierte die Spätdurchführung der Währungsreform und die Ostwestspaltung Deutschlands. Er forderte ein geeinigtes deutsches Vaterland.

172 Millionen Deutsche Mark in Württemberg-Baden

Stuttgart (DENA). Die württembergische Landeszentralbank hat, wie ein bisheriger Angestellter der Bank hier am Sonntag einem DENA-Vertreter erklärte, insgesamt 172 Millionen neue Mark zur Ausgabe an die Zahlstellen in Württemberg-Baden verteilt. In dieser Summe sind 17 Millionen Deutsche Mark als Reserve eingeschlossen.

Alle müssen Formulare ausfüllen
Pforzheim, 20. Juni (SAZ). Von der Landeszentralbank erfahren wir, daß alle Bankkonten-Inhaber, ganz gleich, ob sie Geld zurückzahlen oder nicht, die Anmeldeformulare ausfüllen müssen.

Devisenkurs der Deutschen Mark
Frankfurt, 20. Juni (AP). Die neue Deutsche Mark wird innerhalb Deutschlands mit 20 amerikanischen Cents gewertet werden, der Kurs für ein Pfund Sterling ist auf Dreizehn und eine dritte Mark festgesetzt worden, wie aus einer offiziellen Bekanntmachung am Sonntag verlautete. Über den internationalen Devisenkurs der neuen Deutschen Mark ist bisher keine Entscheidung getroffen, da die neue Währung keine Gold- oder sonstige Deckung hat. Der offizielle Kurs für die alte Reichsmark belief sich bisher auf 10 Cents oder 48.- Reichsmark für ein Pfund Sterling. Mit dem neuen Kurs ist der offizielle Markwert der Vorkriegszeit nahezu wieder erreicht.

Angewandte der alliierten Staaten, die in Deutschland tätig sind oder bei den Besatzungsmächten arbeiten, können das währungsrechtliche Geld, das sie für den täglichen Bedarf benötigen, zu dem alten Kurs von 40 Reichsmark für ein Pfund Sterling kaufen. Allerdings sind die Beträge, die zu diesem günstigen Kurs im nächsten Monat erworben werden dürfen, in der britischen Zone auf 40 und in der britischen Zone auf 40 neue Deutsche Mark begrenzt worden. Für den Umsatz aller Markbeträge durch Angehörige alliierter Staaten sind von den Militärregierungen genaue Anweisungen ergangen, um Schwarzmarktgewinne zu verhindern. Der einzuwechende Markbetrag darf nicht größer sein als der Monatsdurchschnitt der während der letzten drei Monate rechtmäßig erworbenen Beträge.

Deutsche Auslandsguthaben
Berlin, 20. Juni (Dena). Bei 22 Untersuchungen über ein mögliches deutsches Eigentumsrecht an ausländischen Vermögenswerten, die im Mai durchgeführt wurden, sind in 18 Fällen dokumentarische Beweise für das deutsche Eigentumsrecht an solchen Vermögenswerten in Höhe von 7417885 D-Mark ermittelt worden, geht aus dem ersten Juni-Halbmotivbericht der amerikanischen Militärregierung für Deutschland hervor. Derartige Guthaben werden der internationalen Reparationskommission in Brüssel als Reparationsleistungen und an die 13 Mitgliedstaaten verteilt. Der Anteil der USA hieran beträgt 28 Prozent.

Welt-Rundschau

WASHINGTON (Dena-Reuters). Truman erteilt Befehl über den Besatzungsgebiet der Welt / Drohende Streik der Grubenarbeiter in USA / Weitere EEP-Delegation für sieben europäische Länder genehmigt / US-Senat verabschiedet Gesetz über Einwanderung von 205 000 ausländischen Europäern nach USA. / LONDON (Dena-Reuters). Londoner Deckarbeiter Nelson Streik fast. / MALDEN (Dena-Reuters). Ladungstief im Lago Maggiore abgelehnt. Zwei Personen ertrunken / Arbeiter der Müllfabrik Bratislava streiken weiter. / PHILADELPHIA (Dena-Reuters). Nationalkonvent der republikanischen Partei eröffnet. Astoria bei Präsidentenwahl. / PARIS (Dena-Reuters). Frankreich will Abkommen über Marshall-Plan-Hilfe ablehnen / Französischer Gewerkschaftsbund ruft zum Generalstreik auf. / HAIFA (AP). Die letzten britischen Truppen werden innerhalb von zehn Tagen Haifa verlassen. / NEU DELHI (AP). Neuer Generalgouverneur von Indien heute ernannt. / RHODOS (UP). UN-Werksamkeit überlässt ihre Aufgaben in Palästina. / NANKING (UP). Durch eine Sprengladung wurden in der Stadt Peking, an der Küste der Provinz Peking, mehrere tausend Menschen getötet.

Der letzte Tag der deutschen Reichsmark

Umtausch des alten Geldes verlief ruhig — Erste Preissenkungen

Karlsruhe, 20. Juni (SAZ). Nach letzten Nachrichten unserer Korrespondenten und Agenturen war das Straßenbild in den Städten der drei Westzonen am gestrigen Sonntag durch wartende Menschen vor den Geldumtauschstellen gekennzeichnet, nachdem der Samstag im Zeichen einer besonderen Kaufstille stand, bei der das Anlagebedürfnis des Publikums stellenweise groteske Formen annahm. In verschiedenen Städten wuchs die Nervosität der vor dem Umtausch stehenden wartenden Bevölkerung, da verschärfend erst später als zum bekanntgegebenen Zeitpunkt das Kopfgeld ausgetauscht werden konnte. Wie unsere Mitarbeiter bei den Ausgabestellen erfahren, wurde fast überall der volle Alltagsbedarf ungetauscht. Wohlfahrts-einrichtungen hatten an Bedürftige, die nicht mehr im Besitz des zum Umtausch erforderlichen Geldes waren, Alltagsausgaben. Die Bevölkerung brachte im allgemeinen ihre Anerkennung über die

Organisation des Umtausches zum Ausdruck. Eine Preissenkung für sportliche u. kulturelle Veranstaltungen war am Sonntag in manchen Städten zu beobachten. Bei den Schwarzhandeln sind alte Markscheine sehr gefragt, doch werden sie damit nicht allzu lange Zeit ihr Leben fristen können. Aus einigen Großstädten Süddeutschlands meldet DENA am Sonntagabend, daß sich der Schwarzmarkt bemüht, dem Geldumtausch und der neuen Währung „gerecht“ zu werden, was aber einem verzweifeltsten Bemühen gleichkommen dürfte. Die in allem Geld geforderten Preise erklommen teilweise astronomische Höhen. Vielfach wurde die letzte Gelegenheit, die außer Kurs gesetzte Währung noch anzubringen, reichlich genutzt. In Vergangenen Tagen gewann man den Eindruck eines „Tanz auf dem Vulkan“. Mit dem heutigen Tag versinken die Papierfaszaden, der Pfennig und die Mark haben wieder Wert und Bedeutung.

Geldumtausch heute noch möglich

Der Umtausch des alten Geldes in den Kopfbetrag der neuen Deutschen Mark erfolgt laut Anordnung der Militärregierung auch noch am heutigen Montag bei den örtlich bekanntgegebenen Stellen. Entgegen anders verlauteten Meldungen sind zum Umtausch dieselben Bescheinigungen und Ausweise erforderlich, die auch zum Bezug der Lebensmittelkarten vorgelegt werden. SAZ

Heute spricht Dr. Erhard

Frankfurt, 20. Juni (DENA). Der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Dr. Ludwig Erhard, wird am Montag über Radio Frankfurt sprechen und dabei voraussichtlich den Termin der Aufhebung der Bewirtschaftung von Haushalts-, Landwirtschafts-, Büro- und medizinischen Artikeln sowie von Kraftfahrzeugen und Fahrrädern bekanntgeben.

Einigung über Europahilfe

Washington, 20. Juni (AP). Das Europahilfegesetz wurde vom amerikanischen Kongress angenommen. Im Repräsentantenhaus stimmten 314 Abgeordnete dafür und nur 22 dagegen, während der Senat die Vorlage durch Zuruf annahm, die nunmehr nur noch der Unterschrift des Präsidenten bedarf, um Gesetzkraft zu erlangen. Durch gemeinsame Verhandlungen der Ausschüsse beider Häuser hatte man eine Einigung erreicht, nach der für die Europahilfe ein Betrag von 600 710 228 Dollar für eine Periode von 12 Monaten zur Verfügung gestellt werden soll. Das Gesetz in seiner neuen Fassung sieht jedoch vor, daß der Präsident die Laufzeit auf 12 Monate verkürzen kann, falls die Umstände dies notwendig machen sollten.

USA-Kongress billigt Dienstpflicht

Washington, 20. Juni (UP). Der amerikanische Kongress hat sich vertagt. In letzter Minute nahm der Kongress noch das Dienstpflichtgesetz an und übertrug es an den Präsidenten. Das Gesetz wird 90 Tage nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten in Kraft treten. Die Dienstzeit der Männer zwischen 18 und 35 Jahren wurde auf 21 Monate festgesetzt.

Konferenz zwischen Besatzungsmächten und Länderregierungen?

London, 20. Juni (Dena-Reuters). Politische Kreise rechnen hier, nachdem Frankreich die Londoner Gedächtnisempfehlungen ratifiziert hat, in Kürze mit der Einberufung einer wichtigen Konferenz der Oberkommandierenden der drei westlichen Besatzungsmächte mit den Ministern der elf westdeutschen Länder. Der Oberkommandierende der britischen Besatzungsmächte, General Sir Brian Robertson, soll, wie hier verlautet, mit der britischen Regierung wegen einer solchen Konferenz Fühlung genommen haben. Auf der Tagesordnung dieser Besprechung der Besatzungsmächte mit den deutschen Länderregierungen soll die Erörterung der Londoner Empfehlungen stehen.

